

**Sperrfrist
bis Freitag, 13.12.2013, 09.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort**

Haushaltsrede 2014

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages, meine Damen und Herren.

Heute ist für mich ein besonderer Tag, denn ich werde die letzte Haushaltsplanberatung in meinem politischen Leben abschließen. Damit habe ich 40 Haushalten im Rat und Kreistag zur Umsetzung verholfen, 25 begleitete ich davon in der Funktion des Fraktionsvorsitzenden. Dies ist meine 15. Haushaltsrede vor diesem Hause.

Erneut werden wir heute, wenn die Abstimmungsergebnisse in den Ausschüssen nicht trügen, den Kreishaushalt mit breitester Mehrheit beschließen. Das ist Ausdruck einer großen Übereinstimmung in den wesentlichen Politikfeldern des Kreises und seiner Finanzierung, bei allen Unterschieden, die in verschiedenen Sachthemen naturgemäß erkennbar waren und bleiben.

Dass das nicht selbstverständlich ist wird deutlich, wenn man in das kommunale Umfeld im Kreis oder in der Region schaut.

Dafür sage ich an dieser Stelle schon mal ganz herzlichen Dank an alle, die durch gegenseitige Gespräche an dem gefundenen Konsens mitgewirkt haben.

Übereinstimmung ist gut und sieht man nach Berlin, auch offensichtlich gewollt- dennoch werde ich mir einige kritische Anmerkungen zu politischen Entscheidungen, die uns betreffen, auch in dieser Haushaltsrede nicht verkneifen wollen und können.

Herr Landrat, meine Damen und Herren, betrachtet man final das Veränderungsergebnis des heute zur Abstimmung gestellten Haushaltes zum Entwurf stellt man fest, dass wir eigentlich bei der Einbringung hätten rufen können: Nach Vorlage Herr Landrat.

Warum sage ich das?

Nun, am Volumen zum Haushalt verändern wir nichts.

Wir verändern mit einem Prozentsatz von ganzen 0,4 % zum Gesamthaushalt den Umlagesatz. Wir erarbeiteten für die Kommunen also einen Entlastungseffekt zum Entwurf von 1,25 Mio Euro.

Ruft man sich das Gesamtvolumen von 350 Millionen in Erinnerung, sind das für sich betrachtet Peanuts, für die sich der immense Beratungsaufwand in den Fraktionen und in den Ausschüssen eigentlich nicht zu lohnen scheint, oder?

Wenn man die Sinnhaftigkeit der Haushaltsberatungen, die Ausübung des Budgetrechts des Kreistages daran messen wollte, um welchen Prozentsatz wir der Verwaltung Änderungen ins Haushaltsbuch schreiben, dann hätten diese Überlegungen ihren Sinn.

Betrachtet man aber die jährlichen Haushaltsberatungen als die Chance der Standortbestimmung und der Grundsatzüberlegungen für die weitere Entwicklung, der Möglichkeit längerfristig verabredete Ziele erneut zu justieren- man nennt das Evaluieren auf Neudeutsch, der kritischen Betrachtung jeder einzelnen Haushaltsposition, der damit verbundenen Ziele und Kennziffern, dann wird die Sinnhaftigkeit des Aufwandes deutlich.

Ich will Beispiele nennen

Die Finanzpolitik ist zentrales Beratungsthema in den Fraktionen.

Wir haben erneut hinterfragt, wohin uns die Politik der letzten Jahre geführt hat und wir stellten fest:

Sie hat zu einer deutlichen Entschuldung in den letzten 7 Jahren geführt. 2006 betrug der Schuldenstand 37,3 Millionen, Ende 2014 werden wir mit dem neuen Haushalt und der um eine Millionen auf 2 Millionen erhöhten Schuldentilgung den in der Geschichte des Kreises historisch niedrigsten Stand von 23,4, Mill. Euro

Das führt zu Zinsersparnissen, für die die Städte keine Umlage bezahlen müssen. In Summe ca. 600.000.

Das sind immerhin aktuell 0,2 Punkte Kreisumlage über die wir hier reden und zwar jährlich!!!

Gleichzeitig vermeiden wir erneut die Nettoneuverschuldung durch Konsumverzicht.

Wir im Kreis Warendorf haben das Ausgabeproblem der öffentlichen Hände begriffen und handeln entsprechend auch und insbesondere zum Wohl der Gestaltung der Kreisumlage.

Deshalb sagen wir ja auch zu den meisten Erhöhungsanträgen, die vorgelegt wurden ein deutliches – Nein-

Lediglich die Tumorberatung erhält einen Zuschuss- neu und dann wiederkehrend, weil eine wichtige neue Struktur in der Beratung für unsere Bürgerinnen und Bürger kreisweit damit gesichert wird.

Die erfolgreiche Ausgabenbeschränkung und die vorzeigbaren Konsolidierungsbemühungen für die Kreisfinanzen werden fortgesetzt, wie die mittelfristige Finanzplanung ausweist, der wir ausdrücklich unsere Zustimmung geben.

Das Ziel des neuen Kreistages sollte es sein, sofern irgend möglich im Jahre 2020 den Schuldenstand auf mindestens 15 Millionen Euro zu reduzieren.

So stelle ich mir glaubhafte, nachhaltige und generationengerechte Kreisfinanzpolitik vor.

Das Ziel die Vermeidung der Nettoneuverschuldung darf dabei natürlich nicht in Frage gestellt werden.

Solche Entwicklungen wünschten wir uns mit gleichem Nachdruck in Düsseldorf und Berlin.

Wenn wir die Ergebnisse der Koalitionsberatungen auf uns wirken lassen, muss uns allerdings die ernste Sorge ins Gesicht geschrieben stehen.

30 Milliarden Ausgabeprogramme- aber keine erkennbaren Einsparvolumen.

Das ist wenig sozial – höchstens für die begünstigten Rentner, aber ganz und gar nicht nachhaltig und schon gar nicht generationengerecht, denn unseren jungen Menschen werden enorme Lasten aufgebürdet. Allein die Rentenentscheidungen kosten über die Laufzeit mehrere hundert Milliarden Euro- für die keine Gegenfinanzierung erkennbar ist. In Düsseldorf sind die rot-grünen Koalitionäre nicht anders aufgestellt. Auch dort bestimmen Ausgabenpakete- wie Abschaffung der Gebühren für das Studium, Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr um nur zwei ganz teure Entscheidungen zu nennen, das politische Geschäft. Gespart wird bei Lehrerstellen, bei gerechter Beamtenbesoldung und in der Verkehrsinfrastruktur und bei der angemessenen Finanzausstattung für die kommunale Familie, einschließlich der Kostenverweigerung zur Umsetzung der Inklusion.

Stattdessen folgt der Griff in die kommunalen Kassen durch den sogenannten Stärkungspakt oder durch die Verweigerung einer Spitzabrechnung für die Mittel Bildung- und Teilhabe durch das Land. Sehr geehrter Herr Landrat, Meine Damen und Herren!

Hätten wir hier ein Verfahren, wie in anderen Ländern Standard, und keine Landesregierung, die auch in dieser Finanzfrage den ländlichen Raum bluten lässt ,indem der Finanzminister die Mittel pauschal den Kommunen zuweist, wohlwissend, dass Dortmund, Köln, Essen pp Millionenbeträge für BuT Mittel bekommen, die sie gar nicht verausgabt haben, dann könnten wir heute die Kreisumlage um weitere 600.000 Euro senken.

Wir sagen hier deutlich, Herr Landrat. Kommt hier eine auch von Ihnen geforderte Regelung der bedarfsgerechten Auszahlung nicht zu Stande, dann wollen wir von Ihnen die Mitteilung an den Kreistag hören,dass sie die Klage gegen das Land mit den Münsterlandkreisen auch konkret einreichen. Das sind wir unseren Kommunen schuldig!!!

Oder die weiterhin angewandte Regelung des falschen und zu Anfang der 80er Jahre von der SPD Landesregierung gekürzten Verbundsatzes von damals 28,5 % auf aktuell 21,83 %.

Das macht allein für das Jahr 2014 einen Zuweisungsverlust von 2,2 Milliarden aus.

Addiert man die Zuweisungsdefizite seit Beginn der Regelung dann wurden der kommunalen Familie 51 Milliarden entzogen.

55 Milliarde Schulden der kommunalen Familie haben damit eine Ursache und können politisch klar zugeordnet werden.

Auch der immer noch nicht gerechte Flächenansatz bei der Berechnung der Zuweisungen bringt für den ländlichen Raum erhebliche Nachteile, wir dürfen hier auf gerichtliche Klärung gespannt sein.

Ich belasse es hier bei den wenigen Beispielen aus der Landespolitik für schlechte kommunale Entscheidungen.

Eine Bemerkung doch noch.

Wenn die rot-grüne Landesregierung und nun auch die neu gewählte SPD Kreisspitze unter der Leitung von Daldrup und Koch die gegenüber dem Vorjahr um 9 % gestiegenen Schlüsselzuweisungen als Ausdruck kommunalfreundlicher Finanzpolitik versucht zu verkaufen, dann betreiben sie klar Etikettenschwindel. Die zahlreichen Klagen auch SPD geführter Kommunen gegen alle Haushalte dieser Regierung belegen, dass von solider Finanzpolitik des Landes aber wirklich niemand, aber auch niemand, ehrlicherweise reden kann.

Die Mehrbeträge resultieren einzig und allein aus den Steuermehreinnahmen und sind exakt nur jene 21,83 % von denen ich eben gesprochen habe.

Die Bundesregierung hat mit der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung und mit den BuT Mitteln uns um Millionenbeträge entlastet und zwar so deutlich, wie das in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht vorgekommen ist.

Soweit der Ausflug in die sogenannte Große Politik, der aber eindeutig belegt, welche Auswirkungen auf unsere Finanzen damit verbunden sind.

Wir führten den Pensionsfond ein, gegen zunächst große Widerstände aus den Städten und Gemeinden, um durch Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit für die zukünftigen Entscheider Spielräume zu schaffen und keine überbordenden „Altlasten“ zu hinterlassen. Die Bürgermeister haben auch für diesen Haushalt versucht den Fond anzuknabbern, mit dem Hinweis, wir könnten besser Schuldentilgung beschleunigen.

Anregung überdacht, und auch gemacht- aber:

Wir haben den Pensionsfond unangetastet gelassen, weil das eine Grundsatzentscheidung von erheblicher Zukunftsbedeutung war, die wir nicht jährlich disponieren lassen.

Stattdessen reduzieren wir die Kreisliquidität um die eine Million Euro und halten das für absolut vertretbar.

Wir hinterfragen auch sehr kritisch sogenannte Standards, die uns gelegentlich die Zornesröte ins Gesicht treiben.

Die Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen ist für die Sicherheit der Menschen nicht im Ansatz strittig. Ich sage das hier so deutlich, damit auch nicht im Ansatz ein falscher Zungenschlag da hineininterpretiert werden kann. Die Einsatzfähigkeit unserer Feuerwehr ist hohes Ziel und kostet entsprechendes Geld- das ist auch in der CDU Fraktion unbestritten. Der Einsatz unserer Feuerwehr ist nicht hoch genug einzuschätzen- vor allem im Ehrenamt.

Aber: Wenn für ein einziges Fahrzeug der stolze Betrag von über 600.000 Euro angesetzt wird und wir dann erkennen, das für die Ingenieurleistung der Ausstattungsplanung 80.000 Euro Kosten veranschlagt werden, dann fällt der Kiefer auf die Tischkante.

Nein sagen wir dazu und wollen durch Anhörung von Fachleuten wissen, ob bei eigentlich vorgegebenen Ausstattungsmerkmalen dieser Aufwand erforderlich ist.

Wir wollen auch wissen, ob durch interkommunale Zusammenarbeit diese Kosten durch Erfahrungsaustausch nicht minimiert werden können, denn wir bestellen ja kein Unikat.

Wir haben gleiches schon bei der Rettungswache in Telgte geprobt und 100.000 Euro aus der Planungskostenkalkulation gestrichen- den Betrag gedeckelt. Erfolgreich, wie man jetzt bei der Umsetzung sieht.

Mit dieser Haushaltstelle – Anschaffung Feuerwehrfahrzeuge- hat sich der Finanzausschuss beschäftigt. Das hat uns nicht die Zweifel genommen und auch nicht überzeugt. Wir werden als Fraktion dazu Expertengespräche führen, damit wir dieser kostentreibenden Entwicklung Einhalt gebieten können.

Wir reden an anderen Stellen von 5.000 Euro und streiten trefflich, hier geht es bei der Beschaffung um Millionenbeträge, das zwingt uns geradezu genau hinzusehen.

Auch an diesem Beispiel wird deutlich, wie sinnhaft die Betrachtung jeder Haushaltsstelle durch die Politik sein kann.

Übrigens nehmen wir damit auch eine Bitte der Bürgermeister auf.

Wir erfüllen geforderte Standards vorzeigbar bei der Sicherung des Anspruchs auf Kinderbetreuung im Regelkindergarten und bei der U 3

Betreuung, indem wir bedarfsgerecht die Angebote ausweiten auf eine Quote von 99,7 % und bei U 3 auf 47,7 %. Wir werden 2015 die 50 % Marke überschreiten.

Mit 39.650.000 Euro ein Riesenaufwand aus dem Haushalt, bereinigt um die Zuwendungen Dritter bleiben 14,3 Millionen Kreismittel für diese wichtige Aufgabe. Zukünftig wollen und müssen wir die Betreuungsqualität der Kinder verbessern, das wird Schwerpunktaufgabe des neuen Kreistages sein.

Wir haben hingeschaut und gehandelt.

Gleiches gilt bei den außerfamiliären Hilfen, dem Netzwerk frühe Hilfen, den zahlreichen niederschweligen Angeboten die wir mit viel Geld vorhalten. Hilfestellungen für Familien mit einem Aufwand von 7.406.000 Euro.

Wer das vor Ort in den Städten und Gemeinden auch will- wie das die örtlichen Sozialarbeiter in den Fachgesprächen auch deutlich unterstreichen, der darf aber die Jugendamtsumlage nicht kritisieren. Ich kann vor Ort nicht Leistungen bestellen und dann die Annahme der Rechnung verweigern. So geht das nicht und deshalb ist die Kritik in diesem Punkt auch substantiell nicht stichhaltig.

Wir investieren hohe Summen in die Verkehrsinfrastruktur in unsere Straßen, den Ausbau des Nahverkehrs einschließlich der Verbesserung des Schienenverkehrs. Das ist in Bund und Land auch deutlich unterentwickelt, wie die jüngsten alarmierenden Berichte –über marode Straßenbauwerke deutlich machen. Hier sind wir Seite an Seite mit der heimischen Wirtschaft, den Kammern, den Verbänden.

Die ideologisch begründete rot-grüne Verweigerungshaltung zum Ausbau der Straßen- auch unserer Umgehungsstraßen, muss ein Ende haben

Wir sind natürlich überzeugt von der Notwendigkeit und Richtigkeit des Flughafens und freuen uns über die positiven Signale, die die Geschäftsführung für die Gewinnung neuer Destinationen und Fluggesellschaften in den letzten Tagen und Wochen mitzuteilen hatte.

Wer glaubt, man könne Buslinien und Verkehrsinfrastruktureinrichtungen auf Dauer ohne zusätzliche Kosten aufrechterhalten, der soll weiter träumen. Unser Ziel muss es sein, zukünftige Belastungen beherrschbar zu machen.

Da liegen die Aufgaben und Herausforderungen künftiger Kreistage. Ich erinnere nur an die schwindenden Schülerzahlen, die ganz maßgeblich

ursächlich für die Verteuerung des ÖPNV sind, ohne dass wir dagegen etwas unternehmen könnten.

Eine Generation, die nicht geboren wurde, kann nicht Bus fahren - so einfach ist das. Das gilt nicht nur in diesem Politikfeld es ist aber auch hier folgenschwer.

Wir nennen es demographischen Wandel - richtiger wäre meines Erachtens bei Betrachtung der Gesamtfolgen aus der Verweigerung der Reproduktion in unserem Volk das Wort gesellschaftspolitische Katastrophe zu wählen.

Lassen Sie mich dazu ein paar Gedanken verlieren, denn unsere Familienpolitik in allen politischen Ebenen – auf dem Hintergrund der Demographiedebatte basierend, erweckt den Eindruck, dass wir alles tun müssen, um mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf- also mit der vorrangigen Sicherung vollstaatlicher Betreuung, die Familien kompatibel für die Wirtschaft zu machen, wie es Karl Schiewerling CDU Bundestagsabgeordneter in einem Beitrag für den Kolping-Landesverband in Münster ausdrückte.

Wir müssen uns daher in der Politik aber auch in der Wirtschaft nach der Wertigkeit des Kindes in unserer Gesellschaft fragen.

Ist das Kind nur nachwachsender Rohstoff für die Arbeitsplätze in der Wirtschaft oder ist das Kind nicht glückerfüllend auch ohne diese Funktion. Wir müssen weg, Erziehungstätigkeit der Eltern als „mutwilliges Fernbleiben vom Erwerbsleben“ zu diskreditieren anstatt Erziehung der Kinder als das schönste und Natürlichste der Welt anzusehen.

Früher sprach man stolz von Kindersegen oder Kinderreichtum, heute fabulieren wir vom Armutrisiko verursacht durch Kinder und das in einer der reichsten Nationen der Welt.

Die Folgen solch falscher Sichtweisen und der erschreckenden Werteverchiebung in Bezug auf das Familienbild spüren wir schon heute und das wird sich verstärken, wenn wir nicht insgesamt gegensteuern.

Ich sage ganz deutlich - und das denke ich- ist noch die Mehrheitsauffassung in der Union: Die Wirtschaft hat der Familie zu dienen und zwar mit vernünftigem Arbeitsentgelt von denen die Familien transferleistungsfrei leben können und familiengerechten Arbeitsbedingungen. Was wir nicht wollen, sind wirtschaftsdienlich angepasste Familien.

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren!

Hermann Hesse hat einmal geschrieben: „Damit das Mögliche entsteht, muss man das Unmögliche versuchen.“

Unter dieses Motto haben wir unsere Haushaltsplanberatungen gestellt und wirklich in alle Ecken geleuchtet, um das Unmöglich erscheinende, nämlich weitere Entlastungsmöglichkeiten für die Städte und Gemeinden zu finden zu erreichen.

Wir haben uns auf 0,4 Punkte herangetastet und haben damit die finanzpolitisch richtigen Grundsatzentscheidungen beibehalten aber den erkennbaren Spielraum voll umfänglich – einschließlich des Verzehrs der Ausgleichsrücklage- genutzt.

Unser Prüfauftrag vom 28. November doch noch einmal alle Positionen kritisch auf Potential zur Senkung der Kreisumlage zu untersuchen hat dazu den Weg bereitet, den der Finanzausschuss dann auch nutze.

Der heute zur Abstimmung stehende Umlagesatz trägt unsere gemeinschaftliche Handschrift, auch wenn die Wege dazu unterschiedlich waren.

Sicher haben dazu auch die Gespräche mit der SPD, der FWG, der FDP, der Fraktion Die Linke, in denen der Wille zur Einigung deutlich wurde, ihren Beitrag geleistet. Die Kreisumlage sinkt, das ist das Gemeinschaftsergebnis aller genannter Akteure, mögliche Verbesserungen aus der LWL Umlage

geben wir an die Städte und Gemeinden weiter wie wir das versprochen haben.

Wir haben also wirklich das Unmögliche gedacht und damit das Mögliche erreicht.

Unsere Beratungen waren sinnvoll, sie waren zielführend im Hess´schen Sinn, der Aufwand hat sich gelohnt, denn insgesamt werden die Städte und Gemeinden mit deutlich 1,4 Million weniger belastet.

Diese Summe ist aus der Sicht der Städte beachtlich uns sind sicher keine Peanuts.

Wir setzen das gemeinsam beschlossene Kreisentwicklungsprogramm im Rahmen des Haushaltes in ersten Schritten um. Wir gestalten Zukunft, ganz konkret. Wir sichern auch in diesem Jahr eine breite, fraktionsübergreifende Haushaltsmehrheit, ein erfreulicher Tatbestand. Ich bedanke mich auch bei den Fraktionen für die Gesprächsbereitschaft, die bis auf die Fraktion der Grünen vorhanden war.

Die Grünen waren auch 2013 erneut bei den Gesprächen zum Haushalt nicht mit von der Partie. Dialogfähigkeit und -willigkeit waren erneut nicht erkennbar. In der Wahlperiode 2004-09 war das ja deutlich besser, wir haben wirklich wichtige Projekte- Energie-Award- Radwegeprogramm sogar an Kreis und Landstraßen oder das Warendorfer Modell für Scheidungskinder miteinander auf den Weg gebracht. Mit Eckehard Müller als Leader war das möglich. Schade, heute sind die Grünen in Hessen weiter als im Kreis. Aber wen wundert`s, denn selbst die Bürger haben offenbar kein Interesse mit den Grünen ins Gespräch zu kommen, ich verweise mal hier auf die WN vom 6.Dezember. Ich denke, sie sollten daran arbeiten- Machen Sie sich die Fraktion Die Linke zum Vorbild, die ohne ideologische Scheuklappen mit uns konkrete Kommunalpolitik verantwortet und mitgestaltet.

Wir sind insgesamt gut aufgestellt und gehen hoffnungsfroh in den Wettbewerb um die Wählerstimmen ins nächste Jahr.

Wir haben den Kreis in der zu Ende gehenden Wahlperiode ganz deutlich positiv positioniert.

Unsere Erfolgsbilanz ist lang und vorzeigbar. Mit dem Inklusionsbericht, dem Kreisentwicklungsprogramm, dem bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung, der frühkindlichen Sprachförderung, dem Netzwerk Frühe Hilfen, der Übernahme des Job-Centers, einer soliden Finanzwirtschaft einschließlich des Pensionsfonds und deutlichem Schuldenabbau, dem Hochschulkompetenzzentrum, dem Umwelt-Oscar um nur einige Beispiele zu nennen, haben wir Zeichen gesetzt.

Auch mit diesem Haushalt, dem die CDU Fraktion mit gutem Gewissen zustimmen wird.

Ich bedanke mich bei meiner Fraktion auch in diesem Jahr für den hervorragenden Einsatz und für das große Vertrauen. Ich sage herzlichen Dank an die Verwaltung für die gute Zusammenarbeit über das Jahr und die fachlich und zeitlich anspruchsvolle Begleitung während der Haushaltsplanberatungen. Ich wünsche uns allen und den Familien eine noch besinnliche Advents- und Weihnachtszeit, einen guten und gesunden Wechsel in das Neue Jahr.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.